

Teilnehmerinformation

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

„Neubau Sporthalle Elverdissen“ in Herford

Totalunternehmerleistungen

Inhalt

1	VORBEMERKUNG	3
1.1	AUFTRAGGEBER	3
1.2	PROJEKTBESCHREIBUNG	3
1.3	AUFTRAGSGEGENSTAND	3
2	VERGABEVERFAHREN	4
2.1	VERFAHRENSART	4
2.2	VERFAHRENSTERMINE	4
2.3	UNKLARHEITEN UND FRAGEN / KOMMUNIKATION	5
2.4	NEBENANGEBOTE	5
2.5	BEWERBER-/BIETERGEMEINSCHAFTEN	6
2.6	NACHUNTERNEHMER / EIGNUNGSLEIHE	6
2.7	EIGENTUM AN ANGEBOTSUNTERLAGEN UND SCHUTZRECHTE	6
3	ANFORDERUNGEN AN TEILNAHMEANTRÄGE	6
3.1	ALLGEMEINE HINWEISE	6
3.2	FRIST	6
3.3	FORM	7
3.4	EINZUREICHENDE UNTERLAGEN	8
3.5	EIGNUNGSKRITERIEN UND MINDESTANFORDERUNGEN	9
4	AUSGESTALTUNG DES VERFAHRENS NACH EINGANG DER TEILNAHMEANTRÄGE	9
4.1	PRÜFUNG UND WERTUNG DER TEILNAHMEANTRÄGE	9
4.2	NACHRÜCKER	10
5	HINWEISE ZUR ANGEBOTSPHASE	10
5.1	ZUSCHLAGSKRITERIEN	10
5.2	PROJEKTVERTRAG	11
5.3	ZUSCHLAGSERTEILUNG UND BIETERVERHANDLUNGEN	11
6	VORBEHALT DER VERFAHRENSÄNDERUNG UND -AUFHEBUNG	11
7	KOSTENERSTATTUNG / ENTSCHÄDIGUNG	12
8	RECHTSSCHUTZ	12
8.1	ZUSTÄNDIGE VERGABEKAMMER FÜR NACHPRÜFUNGSVERFAHREN	12
8.2	GESETZLICHE AUSSCHLUSSFRISTEN FÜR RECHTSBEHelfe	12
8.3	DATENSCHUTZ	13
9	ABSCHLIEßENDE HINWEISE	13
10	ANLAGEN	14

1 Vorbemerkung

Diese Teilnehmerinformation enthält ergänzende Informationen zum Vergabeverfahren.

1.1 Auftraggeber

Auftraggeber (AG) ist:

IAB Immobilien- und Abwasser-Betrieb Herford (IAB)
Auf der Freiheit 21
32051 Herford

Ansprechpartner in dem Vergabeverfahren für Bieter ist die vom AG beauftragte Kanzlei

Kapellmann und Partner Rechtsanwälte mbB
Rechtsanwältin Dr. Michelle Heydenreich
Am Sandtorkai 50
20457 Hamburg
michelle.heydenreich@kapellmann.de

1.2 Projektbeschreibung

Der AG beabsichtigt, auf dem Sportplatz der ehemaligen Hauptschule Elverdissen eine Zweifeldsporthalle für die Nutzung im Vereinssport zu errichten. Die der Sporthalle angeschlossenen Räume sollen zusätzlich die Nutzung als Bürgerzentrum (ca. 120m²) ermöglichen. Die Maßnahme soll als klimafreundlicher Neubau nach den Förderkriterien der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) geplant und umgesetzt werden.

Das Baufeld (Flurstück 483, Flur 8, Gemarkung 2613 Elverdissen, Flur 8) liegt an der Brandheidestraße 6 in 32052 Herford, Elverdissen.

Das Schulgebäude in etwa 30 m Entfernung zum Baufeld wurde bereits 2024 abgebrochen. Nach Inbetriebnahme der neuen Sporthalle soll die verbliebene alte Sporthalle ebenfalls zurückgebaut werden. Der Rückbau ist jedoch nicht Teil der TU-Leistung. Durch den Abbruch der alten Hauptschule werden in unmittelbarer Nähe zu der zu errichtenden Sporthalle neue Flächen frei, die für die Entwicklung eines neuen Wohnquartiers genutzt werden sollen.

1.3 Auftragsgegenstand

Für die planerische und bauliche Umsetzung der neuen Zweifeldsporthalle mit in Elverdissen wird ein geeigneter Auftragnehmer gesucht (AN).

Der AG beabsichtigt dazu die Maßnahme mit einer Gesamtlosvergabe an einen Totalunternehmer zu vergeben. Der Totalunternehmer hat Planung und Bau der Gesamtmaßnahme aus einer Hand zu erbringen. Gegenstand der vorliegenden Vergabe sind die Totalunternehmerleistungen für die

Gesamtmaßnahme, das heißt, sämtliche erforderliche Architekten- und Ingenieurleistungen, Arbeiten, Leistungen und Lieferungen, die zur baulich schlüsselfertigen, funktionstüchtigen, mangelfreien und bezugsfertigen Herstellung der Sporthalle in Elverdissen nebst Außenanlagen, Verkehrsflächen und Stellplätzen erforderlich sind, auch wenn die Teilleistungen nicht im Einzelnen erwähnt sind.

Der Auftragsgegenstand des AN umfasst damit:

- frist-, ordnungs- und vertragsgemäße Planung, Errichtung und Bereitstellung der Sporthalle Elverdissen
- neue Planung und Ausführung der erforderlichen Medienver- und -entsorgung (einschließlich aller erforderlichen Umschlüsse),
- Neugestaltung sowie frist- und ordnungsgemäße Neuerrichtung und Bereitstellung der Außenanlagen einschließlich der Stellplätze und der Verkehrsflächen

Der AG erwartet mit Übergabe der neu errichteten Sporthalle ein sofort voll funktionsfähiges Gebäude, das ohne Störungen in Betrieb gehen kann.

Weitere Einzelheiten erfolgen mit der Aufforderung zur Abgabe von Erstangeboten.

2 Vergabeverfahren

2.1 Verfahrensart

Das Vergabeverfahren wird europaweit als Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb gemäß § 3 EU Nr. 3 VOB/A durchgeführt.

Die nachfolgenden Informationen stellen einen unverbindlichen, aber aktuellen Stand der Überlegungen des AG dar. Änderungen und Ergänzungen sind möglich. Maßgeblich sind ausschließlich der Wortlaut der Bekanntmachung im EU-Amtsblatt sowie die Inhalte und Rahmenbedingungen der späteren Vergabeunterlagen.

2.2 Verfahrenstermine

Der AG beabsichtigt, dem Vergabeverfahren den folgenden Ablauf zu Grunde zu legen:

11.06.2026	Bekanntmachung im EU-Amtsblatt
30.06.2026	Beantwortung Bewerberfragen
13.07.2026 – 12 Uhr	Abgabe Teilnahmeantrag (Ausschlussfrist)
ca. 31. KW 2026	Aufforderung zur Abgabe von Erstangeboten
ca. 40. KW 2026	Abgabe Erstangebote
ca. November 2026	Bieterverhandlung
ca. Nov./Dez. 2026	Aufforderung zur Abgabe von überarbeiteten bzw. finalen Angebote
ca. Dez 2026/Jan 2027	Abgabe überarbeiteter bzw. finaler Angebote
ca. Januar 2027	Endverhandlung
ca. April 2027	Zuschlag

Der vorstehende Zeitplan ist bis auf das Ende der Teilnahmefrist **unverbindlich** und soll den Bietern nur zur Orientierung und Ressourcenplanung dienen. Der AG behält sich das Recht zur jederzeitigen Änderung vor.

Weitere/ggf. aktualisierte Verfahrenstermine werden mit der Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebots bekannt gegeben.

2.3 Unklarheiten und Fragen / Kommunikation

Die Kommunikation im Verfahren erfolgt elektronisch über das Kommunikationstool der Vergabeplattform dtvp.de.

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, so hat der Bewerber die Kontaktstelle unverzüglich darauf hinzuweisen. Auf eventuell bestehende Widersprüche in den Vergabeunterlagen haben die Bewerber unverzüglich aufmerksam zu machen. Hinweise und Fragen der Bewerber zu den Vergabeunterlagen sind ausschließlich über www.dtv.de in Textform einzureichen.

Fragen, die der Kontaktstelle nicht spätestens am **30.06.2026** in Textform vorliegen, können im Hinblick auf die Gleichbehandlung aller Bewerber grundsätzlich nicht mehr vor dem Ablauf der Teilnahmefrist beantwortet werden. Der AG behält sich jedoch vor, solche Anfragen gleichwohl noch zu beantworten, wenn dies aus seiner Sicht für die transparente und faire Durchführung des Verfahrens erforderlich ist.

Die Bewerberfragen und die Antworten hierauf werden in einem Bewerberfragenkatalog gesammelt und über die Vergabeplattform zur Verfügung gestellt. Sie sind bei der Ausarbeitung des Teilnahmeantrags in gleicher Weise zugrunde zu legen wie diese Vergabeunterlagen. Registrierte Interessenten erhalten die entsprechenden Informationen über das Vergabeportal.

Interessenten, die sich nicht auf der Vergabeplattform registriert haben, sind verpflichtet, sich unmittelbar vor Abgabe eines Teilnahmeantrags auf der Vergabeplattform über den aktuellen Stand des Bewerberfragenkataloges zu informieren.

Dem Bewerber obliegt **allein** die Verantwortung, sich eingehend und in dem erforderlichen Umfang mit der Funktionalität und der Nutzung der Vergabeplattform des www.dtv.de vertraut zu machen und sich entsprechend zu informieren.

2.4 Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

2.5 Bewerber-/Bietergemeinschaften

Soll das Angebot durch eine Bietergemeinschaft eingereicht werden, ist bereits mit dem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterschriebene Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung abzugeben (Formblatt **Anlage 3**).

2.6 Nachunternehmer / Eignungsleihe

Wenn der Bewerber / Bewerbergemeinschaft sich auf einen Nachunternehmer beruft, um die Anforderungen an die Eignung bzw. Mindestanforderungen (vgl. Ziffer 3.5) zu erfüllen (**Eignungsleihe**), ist der entsprechende Nachunternehmer konkret im Formblatt (**Anlage 4**) zu benennen. Solche Nachunternehmer müssen selbst das Formblatt Eigenerklärung des Eignungsverleihers (**Anlage 4a**) ausfüllen, ausdrucken, unterschreiben sowie die darin in Bezug genommenen Eigenerklärungen abgeben. Diese Unterlagen hat der Bewerber mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

2.7 Eigentum an Angebotsunterlagen und Schutzrechte

Die im Rahmen dieses Vergabeverfahrens von den Bewerbern/Bietern vorgelegten Unterlagen gehen in das Eigentum des AGs über. Die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Bewerbers/Bieters bleiben gewahrt. Der Bewerber gewährt dem AG ein umfassendes und uneingeschränktes Nutzungs- und Veränderungsrecht dieser Unterlagen. Die Rechte des Bewerbers an dem in diesen Unterlagen enthaltenen geistigen Eigentum bleiben unberührt. Die Bewerber stimmen mit der Abgabe ihrer Teilnahmeanträge diesem Rechtsübergang zu.

3 Anforderungen an Teilnahmeanträge

3.1 Allgemeine Hinweise

Das Vergabeverfahren wird als förmliches Vergabeverfahren nach Maßgabe des 4. Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sowie der VOB/A, 2. Abschnitt durchgeführt. Bitte beachten Sie daher die nachstehenden Anforderungen an den Teilnahmeantrag.

3.2 Frist

Die Frist für die Einreichung der Teilnahmeanträge endet am

Montag, den 13. Juli 2026 – 12:00 Uhr

Diese Frist ist eine **Ausschlussfrist**.

Nachträgliche Berichtigungen oder Änderungen der Teilnahmeanträge sind nur bis zum Ablauf der vorgenannten Frist möglich. Berichtigungen oder Änderungen müssen zweifelsfrei zuzuordnen sein. Berichtigungen oder Änderungen, die diese Anforderungen nicht erfüllen, werden nicht gewertet. Die Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge erfolgen dann ohne die Berichtigungen oder Änderungen. Die

formalen Anforderungen für die Einreichung der Teilnahmeanträge gelten für die Einreichung von Änderungen entsprechend.

3.3 Form

Der Teilnahmeantrag ist ausschließlich **elektronisch** über die Vergabeplattform www.dtv.de abzugeben, so dass eine Geheimhaltung bis zum Fristende sichergestellt wird.

Bitte reichen Sie Ihren Teilnahmeantrag ausschließlich über das dafür beim Deutschen Vergabeportal, DTVP, vorgesehene Bietertool und nicht als Nachricht über das Kommunikationstool ein. Andernfalls kann es unmittelbar zum Ausschluss des Teilnahmeantrags kommen!

Bitte setzen Sie sich frühzeitig mit den technischen Gegebenheiten und Anforderungen des Systems auseinander, da gegebenenfalls zunächst Updates oder Downloads erforderlich sein können. Ferner sind die Upload-Kapazitäten zu beachten.

Bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte unmittelbar an den Support des Deutschen Vergabeportals: <https://support.cosinex.de/unternehmen/>

oder in dringenden Fällen: Service-Telefonnummer: 0900-1-267463

(1,49 € pro Minute aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkkosten können abweichen) Die Servicezeiten der Hotline sind Montag bis Freitag jeweils von 08.00 bis 18.00 Uhr.

Die Unterlagen sind in deutscher Sprache abzufassen.

Die Unterlagen sollen auf den jeweiligen Seiten ggf. mit einem Vermerk "vertraulich" gekennzeichnet werden, wenn und soweit sie dem Geheimschutz unterliegen oder Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten (vgl. § 165 GWB). Geschieht dies nicht, kann die Vergabekammer im Falle eines Nachprüfungsverfahrens von der Zustimmung auf Einsicht durch andere Verfahrensbeteiligte (z. B. andere Bewerber oder Bieter) ausgehen (vgl. § 165 Abs. 3 Satz 2 GWB).

Der Teilnahmeantrag muss die geforderten Erklärungen, Angaben und Nachweise enthalten. Fehlen geforderte Erklärungen oder Nachweise, können diese nach Maßgabe der gesetzlichen Vorgaben nachgefordert werden. Sie sind dann innerhalb der gesetzten Frist vorzulegen. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Aufforderung durch den AG. Werden die Erklärungen oder Nachweise nicht innerhalb der Frist vorgelegt, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen. Der AG behält sich jedoch vor, auf die Nachforderung zu verzichten und unvollständige Teilnahmeanträge vom Verfahren auszuschließen.

Geforderte Nachweise können in Kopie eingereicht werden. Der AG kann, wenn er dies für erforderlich hält, zur Überprüfung die Nachreichung des Originals oder einer beglaubigten Kopie verlangen. Eigen-erklärungen sind nur im Original gültig. Nachweise mit dem Zusatz „nicht älter als X Monate“ dürfen zum Fristablauf nicht älter als X Monate sein. Der AG behält sich vor, weitere Informationen oder Nachweise zur Eignungsbewertung der Bewerber nachzufordern. Ausländische Bewerber haben gleichwertige Nachweise ihrer Herkunftsländer zu führen bzw. gleichwertige Erklärungen abzugeben. Bei fremdsprachigen Bescheinigungen ist eine amtlich anerkannte Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen.

3.4 Einzureichende Unterlagen

Folgende Unterlagen sind **mit dem Teilnahmeantrag einzureichen**:

- Vollständig ausgefüllter Teilnahmeantrag (→ Formblatt **Anlage 1**)
- *Ggf. Formblatt zusätzliche Referenzvordrucke* (→ Formblatt **Anlage 1**)
- Formblatt Eigenerklärung gemäß §§ 123, 124 GWB (→ Formblatt **Anlage 2**)
- *ggf. Formblatt Erklärung Bewerber-/ Bietergemeinschaft* (→ Formblatt **Anlage 3**)
- *ggf. Formblatt Nachunternehmer (Eignungsleihe)* (→ Formblatt **Anlage 4**)
- *ggf. Formblatt Eigenerklärung Eignungsverleiher mit Eignungsnachweisen* (→ Formblatt **Anlage 4a**)
- Formblatt Eigenerklärung Russland-Sanktionen (→ Formblatt **Anlage 5**)
- Formblatt Eigenerklärung Tariftreue (→ Formblatt **Anlage 6**)
- Nachweis Eintragung Berufs- oder Handelsregister (→ Kopie vom Bewerber beizufügen)
- Nachweis Berufsqualifikation Bauvorlageberechtigung (→ Kopie vom Bewerber beizufügen)
(z.B. Eintragung Ingenieur- oder Architektenkammer)
- Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung (→ Kopie vom Bewerber beizufügen)
- Nachweise über die berufliche Qualifikation Projektteam (→ Kopie vom Bewerber beizufügen)

Die Verwendung dieser Unterlagen dient der besseren Vergleichbarkeit, der Verbesserung der Übersichtlichkeit und der Unterstützung der Bewerber bei der Erstellung der Teilnahmeanträge.

Für die Einreichung des Teilnahmeantrags gelten zudem folgende Bedingungen:

- Sämtliche Angaben sind vollständig, wahrheitsgemäß und widerspruchsfrei zu machen. Insbesondere ist bei den Referenzen sicherzustellen, dass diese von den jeweils genannten Unternehmen bzw. Personen verantwortlich bearbeitet wurden.
- Veränderungen der Projektbeteiligten auf der Ebene des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft sind nach Ablauf der Teilnahmefrist unzulässig. Auf der Ebene der anderen Unternehmen (Nachunternehmer) sind Veränderungen nur im vergaberechtlich zulässigen Rahmen und nach Zustimmung des AG möglich. Der künftige Auftragnehmer hat dabei jedenfalls die mindestens gleichwertige Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des anderen Unternehmens (Nachunternehmer) vor Vertragsschluss nachzuweisen.
- Die Bewerber haben mit dem Teilnahmeantrag zu erklären, in welcher Organisationsstruktur und Rechtsform sie beabsichtigen, den Auftrag auszuführen. Für den Fall, dass die Bewerber die ausgeschriebene Leistung nicht unmittelbar selbst, sondern über eine zu gründende Projektgesellschaft anbieten und erbringen wollen, ist darauf schon mit dem Teilnahmeantrag hinzuweisen.
- Mehrfachbewerbungen von Bewerbern, Bauunternehmen und Planern sind nicht zugelassen und führen zum Ausschluss des Bewerbers, dies bedeutet, dass sich ein Unternehmen nicht mehrfach mit anderen Unternehmen als Bewerbergemeinschaft und auch nicht mehrfach mit anderen Unternehmen bewerben darf. Zulässig sind hingegen Bewerbungen verschiedener Unternehmen oder Bewerbergemeinschaften, welchen den gleichen Nachunternehmer benennen.

3.5 Eignungskriterien und Mindestanforderungen

Die Eignung der Bewerber wird auf Grundlage der einzureichenden Nachweise und Erklärungen geprüft. Hierzu hat der Bewerber insbesondere Angaben im Formblatt Teilnahmeantrag (**Anlage 1**) zu tätigen. Der Bewerber muss die dort genannten Mindestanforderungen erfüllen, um nicht vom Verfahren ausgeschlossen zu werden.

Der Teilnehmerinformation liegt als Anlage zudem eine **Eignungsmatrix (Anlage 07)** bei, welche auf den in der Auftragsbekanntmachung dargelegten Mindestanforderungen beruht.

4 Ausgestaltung des Verfahrens nach Eingang der Teilnahmeanträge

Nachstehend wird die weitere Ausgestaltung des Verfahrens nach Eingang der Teilnahmeanträge erläutert.

4.1 Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge

Die Vergabestelle überprüft die Eignung der Bewerber anhand der Eigenerklärungen und Nachweise gemäß der EU-Bekanntmachung. Fehlt eine der geforderten Eigenerklärungen oder Nachweise, behält sich die Vergabestelle vor, die fehlenden Eigenerklärungen/Nachweise nachzufordern. Die Eigenerklärungen/Nachweise sind innerhalb der mit der Aufforderung zur Nachreichung genannten Frist vorzulegen. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Aufforderung durch die Vergabestelle. Werden die nachgeforderten Eigenerklärungen/Nachweise nicht innerhalb der gesetzten Frist vorgelegt, wird der Bewerber vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

Anspruch auf die Aufforderung zur Nachreichung von Unterlagen besteht jedoch nicht, insbesondere kann die Vergabestelle im Rahmen der Gleichbehandlung aller Bewerber entscheiden, bei keinem Bewerber etwaig fehlende Unterlagen nachzufordern. Die Eigenerklärungen und die geforderten Nachweise sind im Falle von Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft abzugeben.

Wenn nach der Eignungsprüfung mehr als **drei** Teilnahmeanträge geeigneter Bewerber vorliegen, werden die Teilnahmeanträge der als grundsätzlich geeignet eingestuften Bewerber danach beurteilt, welcher Bewerber besonders geeignet erscheint und daher im weiteren Verfahren beteiligt werden soll. Die Auswahl der mindestens **drei** geeignetsten Bewerber erfolgt nach Maßgabe der **Auswahlmatrix (siehe Anlage 8)**. Die drei Bewerber mit der höchsten Punktzahl werden zur Abgabe von Erstangeboten aufgefordert.

Im Falle eines Punktegleichstands entscheidet zunächst die höhere Punktzahl im Leistungsbereich „TU-Leistung“. Der Teilnehmer mit der höheren Punktzahl im Leistungsbereich „TU-Leistung“ wird vorgezogen. Führt auch dies zu Punktegleichstand, erfolgt die Entscheidung durch Los. Das Losverfahren wird vom Auftraggeber in einem neutralen, zufallsbasierten Verfahren unter Mitwirkung mindestens zweier Zeugen durchgeführt und im Vergabevermerk protokolliert. Die betroffenen Teilnehmer werden über das Ergebnis informiert.

4.2 Nachrücker

Zur Abgabe eines Erstangebotes aufgeforderte Bewerber werden dringend gebeten, den AG unverzüglich zu informieren, sollten sie sich gegen eine Angebotsabgabe entscheiden. Der AG behält sich vor, in diesem Fall den nach Maßgabe dieser Ziffer der Teilnehmerinformation viertbesten Bewerber nachrücken zu lassen, also als Bieter zuzulassen. Der nachrückende Bewerber erwirbt hierdurch keinen Anspruch auf Verlängerung der Erstangebotsfrist. Dies steht allein im pflichtgemäßen Ermessen des AG.

5 Hinweise zur Angebotsphase

Hinweis: Die nachstehenden Informationen dieser Ziffer 5 dienen lediglich als Hinweis zur vorgesehenen Ausgestaltung des Verfahrens nach Eingang der Angebote und erfolgen nur zu dem Zweck, den Marktteilnehmern eine Entscheidung über die Teilnahme am Verfahren zu ermöglichen. Ein Angebot ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht abzugeben.

5.1 Zuschlagskriterien

Die Entscheidung über die Auftragsvergabe erfolgt auf der Grundlage des elektronisch eingereichten finalen Angebots und ggf. dessen Erläuterung im etwaig durchzuführenden Verhandlungsgespräch. Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt (bestes Preis-Leistungs-Verhältnis). Maßgebliche Kriterien zur Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes ergeben sich aus den **Zuschlagskriterien (siehe Anlage 11)**. In der Aufforderung zur Abgabe von Erstangeboten werden die Zuschlagskriterien und die entsprechende Wertungsmethode weiter konkretisiert.

Mit dem Erstangebot werden vom Bieter u.a. detaillierte Ausarbeitungen der maßgeblichen Bebauungskonzepte und erste planerische Entwürfe, wie z.B. Lageplan, Freiflächengestaltungsplan, Grundrisse, Dachaufsicht, Schnitte & Ansichten, Visualisierungen, Flächenberechnungen, Baukostenschätzung, Terminkonzept, Erläuterungsberichte/Baubeschreibungen, Energiekonzept einschließlich Erläuterungsbericht und Prinzipschaubilder, Fassadenkonzept, Baustelleneinrichtungs- und Außenanlagenkonzept erwartet. Weitere Einzelheiten werden mit der Aufforderung zur Abgabe von Erstangeboten mitgeteilt.

Die erwartete Angebotsstruktur und weitere Einzelheiten werden mit der Aufforderung zur Abgabe von Erstangeboten mitgeteilt.

Der AG wird sich in Bezug auf die Angebotswertung zur Verobjektivierung der Wertung in einzelnen Qualitätskriterien zu Städtebau und Architektur einer „Jury“ bzw. eines Fachgremiums bedienen. Die Mitglieder des Fachgremiums werden voraussichtlich aus Vertretern des AG und des Nutzers sowie ggf. weiterer fachkundiger Berater bestehen, um eine möglichst fundierte Bewertung der Konzepte und Entwürfe ohne Kenntnis der übrigen Angebotsbestandteile zu ermöglichen. Weitere Einzelheiten erfolgen mit der Aufforderung zur Abgabe von Erstangeboten.

5.2 Projektvertrag

Der AG wird mit dem Bieter, der den Zuschlag erhält, einen umfassenden Projektvertrag abschließen. Der Projektvertrag regelt das vertragliche Verhältnis zwischen dem AN und dem AG über die gesamte Vertragslaufzeit. Wesentliche Regelungen sind dieser Teilnehmerinformation bereits beigelegt (**Anlage 9**).

Der Projektvertrag wird in einem fortgeschrittenen Entwurfsstand vom AG mit den Vergabeunterlagen zur Aufforderung zur Abgabe des Erstangebotes (indikativ) versandt. Im Rahmen der anschließenden Verhandlungen wird auch der Projektvertrag besprochen, bevor die Bieter zur Abgabe eines verbindlichen Angebotes aufgefordert werden. Bieter können zunächst Änderungen zum Vertrag vorschlagen, die ggf. berücksichtigt werden können.

5.3 Zuschlagserteilung und Bieterverhandlungen

Es ist beabsichtigt, alle (voraussichtlich) drei Bieter zu einem ersten Verhandlungstermin einzuladen. Der Inhalt der Verhandlungsgespräche wird in einem gemeinsamen Protokoll festgehalten und den Bietern anschließend über dtvp.de zur Verfügung gestellt. In solchen Verhandlungen wird der AG gegebenenfalls auch Vertragsanmerkungen der Bieter, die mit dem Erstangebot eingereicht werden können, behandeln. Solche Anmerkungen stellen jedoch nur Vorschläge der Bieter für die Änderung der Vergabeunterlagen bzw. des Vertragsentwurfs dar. Es obliegt dem AG zu entscheiden, ob Änderungen an dem Vertragsentwurf vorgenommen werden. Die Erstangebote ergehen jedoch auf Basis des unveränderten Vertragsentwurfs.

Nach Abschluss der Verhandlungen werden die Bieter aufgefordert, ihr Erstangebot auf der Grundlage der Erkenntnisse der Verhandlungen zu überarbeiten und ein überarbeitetes Angebot (finales Angebot) einzureichen. Der AG wird diese finalen Angebote dann erneut prüfen, bewerten und so ermitteln, welches finale Angebot das Wirtschaftlichste ist. In dem finalen Angebot sind keine Vertragsanmerkungen möglich. Sollten Vertragsanmerkungen mit dem finalen Angebot eingereicht werden, wird der Bieter ausgeschlossen. Ggf. werden erforderliche Aufklärungsgespräche geführt. Im Anschluss werden nur noch mit dem auf Basis der Zuschlagskriterien bestplatzierten Bieter redaktionelle, nicht mehr wettbewerbsbeeinflussende Verhandlungen geführt.

Der AG behält sich jedoch vor, eine weitere Verhandlungsrunde durchzuführen und erneut zur Einreichung überarbeiteter Angebote aufzufordern, wenn sich anderenfalls noch keine eindeutige Wertungsergibt oder der Beschaffungsbedarf anders nicht sichergestellt werden kann.

6 Vorbehalt der Verfahrensänderung und -aufhebung

Der AG behält sich vor, das hier beschriebene Verfahren nach vorheriger gleichzeitiger Information aller Bewerber jederzeit zu ändern, sofern hierfür nachvollziehbare Gründe vorliegen und eine Wettbewerbsbeeinflussung nicht zu befürchten ist.

Der AG behält sich ferner vor, das Vergabeverfahren aufzuheben, wenn z. B. der Stadtrat der Beauftragung nicht zustimmt, eine etwaige erforderliche Zustimmung der Kommunalaufsicht nicht erfolgt oder die eingegangenen Angebote nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel unwirtschaftlich sind

7 Kostenerstattung / Entschädigung

Die Bewerber erhalten für die Abgabe ihres Teilnahmeantrags keine Kostenerstattung.

Die Bieter, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden und ein fristgerechtes und wertungsfähiges Angebot eingereicht haben, erhalten vom AG für ihre Aufwendungen im Vergabeverfahren eine angemessene Entschädigung. Die Höhe der angemessenen Entschädigung wird mit der Aufforderung zur Abgabe von Erstangeboten mitgeteilt. Der obsiegende Bieter erhält keine Entschädigung. Der Aufwand ist im Angebotspreis vom Bieter berücksichtigt und abgegolten.

8 Rechtsschutz

8.1 Zuständige Vergabekammer für Nachprüfungsverfahren

Für Nachprüfungsverfahren zuständig ist die folgende Stelle:

Vergabekammer Westfalen
Geschäftsstelle, zentrales Postfach
Telefax: 0251 411-2165

Geschäftsstelle der Vergabekammer
Albrecht-Thaer-Straße 9
48147 Münster

Bitte übersenden Sie Ihre Anträge einschließlich Anlagen zusätzlich per E-Mail an folgende Adresse: **vergabekammer@brms.nrw.de**

8.2 Gesetzliche Ausschlussfristen für Rechtsbehelfe

Das deutsche Vergaberecht enthält Rügeobliegenheiten der Bieter, deren Verletzung zur Unzulässigkeit von Nachprüfungsanträgen führt. Bitte beachten Sie die Rügeobliegenheiten des § 160 Abs. 3 GWB. Dort heißt es:

Gemäß § 160 Abs. 3 GWB sind Nachprüfungsanträge in bestimmten Fällen unzulässig:

"Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb

einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt."

8.3 Datenschutz

Die Bewerber werden darauf hingewiesen, dass in diesem Vergabeverfahren eine Datenerhebung und -Verarbeitung nach den Bestimmungen der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) erfolgt und der Bewerber die entsprechenden Rechte nach der DSGVO zustehen. Für weitergehende Hinweise wird auf die beigefügte **Anlage 10** verwiesen.

9 Abschließende Hinweise

Der AG legt größten Wert darauf, dieses Vergabeverfahren in Übereinstimmung mit allen gesetzlichen Vorschriften unter Beachtung des Wettbewerbs- und Gleichheitsgebotes transparent und fair abzuwickeln. Daher werden die Bewerber gebeten, vor Abgabe ihrer Teilnahmeanträge eine abschließende, gründliche Kontrolle durchzuführen, ob alle erforderlichen Angaben und Unterlagen enthalten sind.

Mit freundlichen Grüßen
IAB

10 Anlagen

Anlage 1	Formblatt Teilnahmeantrag
Anlage 1a	Formblatt zusätzliche Referenzvordrucke
Anlage 2	Formblatt Eigenerklärung gemäß §§ 123, 124 GWB
Anlage 3	Formblatt Erklärung Bewerber-/Bietergemeinschaft
Anlage 4	Formblatt Nachunternehmer
Anlage 4a	Formblatt Eigenerklärung Eignungsverleiher
Anlage 5	Formblatt Eigenerklärung Russland-Sanktionen
Anlage 6	Formblatt Eigenerklärung Tariftreue

Informatorische Anlagen:

Anlage 7	Eignungsmatrix
Anlage 8	Auswahlmatrix
Anlage 9	Wesentliche Regelungen im TU-Vertrag
Anlage 10	Datenschutzhinweise
Anlage 11	Zuschlagskriterien